

MICHAEL BENJAMIN

Die PDS und ihr linker Flügel. Aus Anlaß des Beitrages von Ronald Löttsch

Im Abschnitt über »Linke und Parteien« der Dokumentation über die Crossover-Konferenz werden die Ansichten von Genossen Ronald Löttsch über die Kommunistische Plattform der PDS wiedergegeben.¹ Während bei den Beiträgen über die Bündnisgrünen und die SPD (entsprechend auch zum Thema »Linke in Europa«) Autorinnen und Autoren zu Wort kamen, die den linken Flügeln dieser Parteien nahestehen, überließ man bei der PDS die Darstellung der Parteilinken einem dezidierten Vertreter der Parteirechten. Das hinterläßt den peinlichen Nachgeschmack des Antikommunismus. Die nachfolgenden Bemerkungen wollen dem entstandenen Informationsdefizit ein wenig abhelfen.

Wie steht es um die PDS und ihre Linke?

Kritische Leserinnen und Leser werden nach dem Inhalt des Begriffes »PDS-Linke« fragen. Tatsächlich ist er diffus und wird durch unterschiedliche Interpretationen zusätzlich verwirrt.² Das Kriterium möchte ich in dem Verhältnis zur antikapitalistischen Position der PDS (was die Frage des Eigentums, d.h. der Vergesellschaftung des großen kapitalistischen Eigentums einschließt) sowie der Haltung zum herrschenden System der Machtausübung (Infragestellung der Grenzen des gegenwärtig praktizierten Systems oder Unterordnung unter diese) ansetzen.

Geht man in erster Näherung hiervon aus, so finden sich auf dem linken Flügel der PDS eine Reihe sehr unterschiedlicher, in vielen Fragen³ in Dissens befindlicher und öfter getrennt als gemeinsam agierender Gruppierungen unterschiedlicher Herkunft. Dazu gehören die KPF und das Marxistische Forum, in vielen Fragen die AG Junge GenossInnen und die AG Autonome in und bei der PDS. Sie sind es vor allem, die den Verfassungsschützern immer wieder als Kronzeugen für angeblich verfassungsfeindliche Tendenzen in der PDS erhalten müssen.⁴

Mit ihren Linken, besonders den Kommunisten hat die PDS sich von Anfang an schwer getan. Die Kommunistische Plattform der PDS entstand um die Jahreswende 1989/1990. Seitens der damaligen Führungsgruppe der PDS wurde sie begrüßt; man brauchte sie vor allem als Faktor der Erhaltung der damals in einer Existenzkrise befindlichen Partei⁵ und der Legitimierung des Kurses von der SED zur PDS gegenüber der in erheblichem Maße kommunistischen Traditionen verbundenen Mitgliedschaft.

Auch heute kann der Vorstand nicht ignorieren, daß die meisten

Michael Benjamin –
Jg. 1932, bis zur Abwicklung 1991 Professor an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft bzw. Hochschule für Recht und Verwaltung in Potsdam. Veröffentlichungen zu Rechtswissenschaft, Management und Politologie. Kommunistische Plattform in der PDS.

linken Gruppierungen in der Partei eine wesentlich größere Resonanz haben als es sich in Vorstands- und Parteitagmehrheiten darstellt. Die PDS kann es sich einfach nicht leisten, den ohnehin geringen Anteil junger Parteimitglieder durch Maßregelung etwa der Jungen GenossInnen oder der Autonomen restlos zu verprellen. Das Marxistische Forum genießt beträchtliche Resonanz unter den Parteiintellektuellen; zu seinen Teilnehmern gehören Gelehrte, Schriftstellerinnen und Schriftsteller mit internationalem Ruf. Die KPF kann ihre Legitimation nicht zuletzt aus der starken Lebenskraft und Verbreitung kommunistischer Traditionen in der Mitgliedschaft der PDS ableiten.⁶

Nach dem Herbst 1989 hatte sich in der PDS bei insgesamt auch in der politischen Entscheidungsfindung überwiegender »klassischer« territorialer Organisation in unterschiedlichen, mehr oder minder lockeren organisatorischen Formen eine Vielzahl Strömungen herausgebildet, linkssozialdemokratischer, links-religiöser, links-ökologischer, anarchistischer und anderer, zu denen als notwendiges konstituierendes Element auch kommunistische gehören.

Diese Vielfalt (es hat sich dafür der philosophisch nicht exakte Begriff »Pluralismus« eingebürgert) wurde zunächst als Reaktion auf die administrativ erzwungene »Einheit und Geschlossenheit« der SED allseits begrüßt und wird im 1992 beschlossenen Parteiestatut nachdrücklich gefördert. Sehr bald allerdings zeigten sich Schwierigkeiten im Umgang mit dem Pluralismus.

Vertreter der Parteilinken machen geltend – und ich teile diesen Standpunkt –, daß der Pluralismus kein Störfaktor, sondern eine Chance ist, unterschiedliche Ansichten und politische Positionen für die Strategie und Politik der PDS fruchtbar zu machen, die allerdings bei Strafe des Unterganges der PDS auch genutzt werden muß. Statt Kampf der Richtungen um Vorherrschaft und Majorisierung sei es erforderlich, daß die verschiedenen Strömungen in sachbezogener, gegebenenfalls auch kontroverser Diskussion und zugleich Kooperation nach Konsens streben und zu gemeinsamem Handeln finden. Das setzt Toleranz, gegenseitige Achtung und Chancengleichheit im Meinungsstreit voraus.

Als Exempel für die Möglichkeit und Fruchtbarkeit solchen Vorgehens wird auf die Programmdebatte verwiesen. Im Ergebnis einer fast zweijährigen, teilweise sehr kontroversen Debatte mit Thesen und Antithesen, Entwürfen und Gegenentwürfen, letztlich aber mühsam erarbeiteter Kooperation wurde schließlich ein Programm erarbeitet, das im wesentlichen den Konsens der Gesamtpartei widerspiegelt.⁷

Dem entgegen steht ein Verständnis der PDS, wie es am deutlichsten von M. Nelken formuliert wurde. Seiner Meinung nach gibt es »in jeder Partei hegemoniale, vorherrschende politisch-geistige Strömungen und das Ringen mit anderen um die Meinungsführerschaft und die Politikbildungsdominanz.«⁸

Theoretisch-konzeptionell läuft das darauf hinaus, die PDS Schritt für Schritt in Richtung auf eine angepaßte, in den Parteienbetrieb und Politikmechanismus dieser Bundesrepublik eingebaute politische Struktur zu treiben – und das zu einem Zeitpunkt, wo

»Es dürfte bisher noch kaum Tagungen eines PDS-Bundesparteitages gegeben haben, vor denen nicht wenigstens einige reaktionäre Medien geunkt hätten, diesmal müßte es endlich zu der Spaltung zwischen ›Reformern‹ und ›Fundamentalisten‹ kommen, die der verhaßten Partei den endgültigen Todesstoß versetzen würde. Von allem Anfang an richteten sich dabei die Blicke der so Denkenden auf die Kommunistische Plattform in der PDS, die seit jeher mit massiver Kritik an Vorschlägen und Beschlüssen der jeweiligen ›Parteispitze‹ in Erscheinung getreten war. Im Zusammenhang mit der Programmdiskussion des Jahres 1992 kam es zu einer regelrechten Obstruktion einiger Wortführer der KPF, von denen Sahra Wagenknecht auf der 3. Tagung des 2. Parteitages im Dezember 1991 Mitglied des Bundesvorstandes der PDS geworden war. Dem Programmwurf der Grundsatzkommission, der im Januar 1993 auf der 1. Tagung des 3. Parteitages in namentlicher Abstimmung mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde, verweigerten sie ihre Zustimmung.«
Ronald Löttsch: Der Magdeburger Parteitag der PDS und die KPF, in: UTOPIE kreativ, Heft 66, S. 12

»In dem Maße, wie die Bundestagswahlen 1994 näherrückten, konzentrierte sich die KPF-Kritik zunehmend auf die Ablehnung eines ›linken‹ Parteienbündnisses durch den 3. Bundesparteitag. Nach den Wahlen, bei denen die PDS über vier Ostberliner Direktmandate erneut in den Bundestag einzog, sorgte Sahra Wagenknecht mit ihrem vom bundesdeutschen Zoll ungewollt mit zusätzlicher Werbung bedachten Buch ›Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung:¹ unmittelbar vor der 1. Tagung des 4. Parteitages für einen neuen ›Höhepunkt‹ in der Kontroverse. Die Angriffe der Kritiker einer angeblich sich immer deutlicher abzeichnenden ›Sozialdemokratisierung‹ der PDS auf die ›Parteispitze‹ im Zusammenhang mit den ›10 Thesen‹ des Bundesvorstandes bzw. den ›5 Standpunkten‹ der ›Trojka‹ Gysi, Bisky, Modrow erhielten so gleichsam eine ›historische‹ Dimension.« Ebenda.

allgemein über Parteienmüdigkeit geklagt wird.

Praktisch-aktuell werden damit Voraussetzungen dafür geschaffen, den Ende 1989/Anfang 1990 gescheiterten Versuch nachzuholen, die PDS doch noch in ihren »sozialdemokratischen« und »kommunistischen« Flügel aufzuspalten und letzteren aus der Partei zu drängen oder zumindest jeglichen politischen Einflusses zu berauben; damit wäre dann – so meint man – sowohl den Forderungen des Verfassungsschutzes als auch jenen der SPD (als Voraussetzung der Koalitionsfähigkeit der PDS) Genüge getan. Dieses mittlerweile mehrfach vorgestellte Szenario wurde von Manfred Stolpe in einem »Spiegel«-Interview so formuliert: »Ich glaube nicht, daß es 1998 noch eine PDS als ein Sammelsurium von heutigem Zuschnitt geben wird. Wenn dann eine Teilpartei mit links-sozialdemokratischen Ansätzen übrigbleibt, würde ich die durchaus als ernsthaften Faktor für politische Vereinbarungen ansehen.«⁹ Welches politische Gewicht eine derart bereinigte PDS hätte, läßt sich unschwer abschätzen. Die PDS stellt – hier ist unbedingt U.-J. Heuer zuzustimmen – nur als Ganzes für die Herrschenden eine Gefahr da.

Die Vorstandsmehrheit hat stets erkennen lassen, daß die Grenzen des Pluralismus für sie dort erreicht sind, wo die Parteilinken versuchen, real Einfluß auf die Strategie und Politik der PDS zu nehmen. Der gereizte Ton des Beitrages von R. Löttsch demonstriert anschaulich, in welchem Maße das Wirken des linken Flügels der PDS als »Störung des geordneten Geschäftsablaufs« empfunden wird.

Es hat an Versuchen nicht gefehlt, den im Programm widergespiegelten Konsens aufzukündigen. Am direktesten geschah das mit den vom Parteivorstand der ersten Tagung des 4. Parteitages der PDS vorgelegten »10 Thesen zum weiteren Weg der PDS«, die im Ergebnis der nahezu einhelligen Ablehnung an der Parteibasis faktisch zurückgezogen werden mußten. Erreicht werden konnte die Annahme der von Lothar Bisky, Gregor Gysi und Hans Modrow nachgeschobenen »Fünf Standpunkte«, in denen wesentliche Positionen der »10 Thesen« zurückgenommen wurden, dafür allerdings andere äußerst umstrittene Punkte enthalten waren.

Diese Tagung mit ihren unverhüllten Pressionen auf die Delegierten, zurückgeholten Beschlüssen und antikommunistischen Erklärungen hatte tiefgehende Enttäuschung und Frust bei einem großen Teil der Mitglieder hervorgerufen und die Sympathien für die Parteilinke eher verstärkt. Diese festigte und aktivierte sich. Um den Aufruf »In großer Sorge«, der großen Widerhall fand, formierte sich das Marxistische Forum.

Wenn man Vorbereitung und Verlauf der 2. Tagung des 4. Parteitages (des »Magdeburger Parteitages«) sachlich (und nicht wie R. Löttsch im Gefolge der bürgerlichen Presse in Kategorien von Sieg und Niederlage) analysiert, so zeichnet sich aus der Sicht der Parteilinken folgendes Bild ab: Nach einem zunächst noch scharf konfrontativen Kurs des Parteivorstandes u.a. in Reaktion auf den Aufruf »In großer Sorge« wurde in der Folge das Bemühen sichtbar, Spannungen zu vermeiden, Widersprüche zu glätten, Korrektheit in Verfahrensfragen zu demonstrieren. Antikommuni-

stische Ausfälle wie z.B. in einem Brief des Grafen v. Einsiedel wurden ignoriert (allerdings auch nicht zurückgewiesen).

Dieses Vorgehen des Vorstandes wurde von den Delegierten honoriert. Die Leitanträge fanden weitgehend Zustimmung. Zugleich wurde eine sich verstärkende kritische Haltung gegenüber der Vorstandsmehrheit sichtbar, die weit über die Parteilinke hinausgeht und zu unterschiedlichen Fragen in unterschiedlicher Weise etwa ein Drittel der Delegierten erfaßte. Kritisch äußerte sich auch der Parteirat.

Trotz grundsätzlicher Akzeptanz der Vorstandslinie folgte der Parteitag ihr nicht vorbehaltlos. In einer Reihe wichtiger Fragen wurden Vorschläge des Vorstandes zurückgewiesen und weitergehende Anträge angenommen. Dazu gehören

die bedingungslose Absage an alle Einsätze deutscher Soldaten im Ausland,

die Forderung »Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich«,

die wohnungspolitischen Leitlinien,

ein Änderungsantrag der »Jungen GenossInnen« zum Beschluß zur Kommunalpolitik, in dem gefordert wird, »...die bestehenden juristischen und finanziellen Spielräume auszuloten und zu nutzen und vermeintliche Sachzwänge aufzuheben. Dazu gehört ggf. auch die Zivilcourage zur bewußten Regelverletzung oder zum Rücktritt von Ämtern, in denen sich PDS-Politik nicht vertreten läßt. Das Handeln in vorhandenen Spielräumen muß damit einhergehen, ihre Grenzen aufzuzeigen und anzugreifen.«

Einmütigkeit wurde vielfach dadurch erkaufte, daß strittigen Grundsatzfragen ausgewichen und Pragmatisches in den Vordergrund gestellt wurden. Die unter Beteiligung von Vertretern der KPF erarbeiteten Thesen »Deutschland 5 Jahre vor der Jahrtausendwende« wurden ebenso wie die von einer Arbeitsgruppe der Grundsatzkommission des Parteivorstandes ausgearbeiteten Thesen »Die PDS – neue sozialistische Partei in Deutschland« von Sahra Wagenknecht bzw. Klaus Höpcke dem Parteitag vorgetragen. Eine Beschlußfassung war nicht vorgesehen und erfolgte nicht.¹⁰

Mit der Einberufung des 5. Parteitages, in dessen Mittelpunkt die »soziale Frage« stehen soll, wurde endgültig davon Abstand genommen, auf dem Parteitag eine prinzipielle Strategiedebatte zu führen. Diese soll vielmehr auf einer Strategiekonferenz der PDS erfolgen. Das entspricht zwar nicht der Beschlußlage der 1. Tagung des 4. Parteitages, wohl aber der Stimmung breiter Kreise der Mitgliedschaft.

Gen. Lothar Bisky hat zur Fortsetzung der Strategiedebatte Vertreter der hauptsächlichen Strömungen, die ihre Positionen bisher veröffentlicht hatten, zu einem innerparteilichen »runden Tisch« eingeladen. an dem u.a. Joachim Bischoff, Uwe-Jens Heuer, Klaus Höpcke und ich teilnahmen. Wie erfolgreich dieses Bemühen ist, inwieweit insbesondere über die erklärte Bereitschaft zur Kooperation hinaus aus dieser Diskussion strategische Aussagen generell, zur Sozialpolitik oder zur Koalitions politik erwachsen, wird sich erweisen müssen. Ausarbeitungen strategischer Natur erfolgen

»Es stand zu befürchten, daß sich die Auseinandersetzungen auf dem Wege zur 2. Tagung noch verschärfen würden...

Doch dann begann in Berlin die akute Phase der Kampagne zu den Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlen. Wer die Ablösung der reaktionären großen Koalition ernsthaft anstrebte, hatte Anderes im Sinn als ideologische Haarspaltereien. Das Wahlergebnis übertraf denn auch alle Erwartungen. Daß vor diesem Hintergrund nun eine sachliche Diskussion über die jeweiligen Voraussetzungen und Bedingungen von »Opponieren, Tolerieren, Koalieren« unvermeidlich wurde, braucht niemanden zu verwundern. Daß Veränderung zwar mit Opposition beginnt, aber keineswegs für alle Zeiten ausschließlich auf diesem Wege anzustreben ist, kann eigentlich nur bestreiten, wer sie ernsthaft gar nicht will.

Diejenigen, die auf dem Magdeburger Bundesparteitag ihre Diskussionsbeiträge im wesentlichen darauf reduzierten, mit erhobenem Zeigefinger vor den »Versuchungen« des Parlamentarismus zu warnen, und dabei auch keine Hemmungen hatten, »führenden Genossen« zu unterstellen, sie nährten Illusionen, »es käme nur darauf an, PDS-Minister in den entsprechenden Sesseln zu plazieren, und dann würden grundlegende Veränderungen schon möglich werden«, gingen jedenfalls mit keiner einzigen Silbe darauf ein, wie sie »die mit der Eigentumsfrage verbundene Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse« zu bewerkstelligen gedenken. Daß die Parteitagsmehrheit dieses Defizit sehr wohl

registrierte, war schon am eher schütterten Beifall abzulesen. Entsprechend eindeutig waren dann auch die Beschlüsse.«
Ebenda.

außerdem in der von André Brie geleiteten Grundsatzkommission.

Zugleich verstärken sich Vorstöße vom rechten Flügel der Partei. Wie immer der »Brief aus Sachsen« von C. Ostrowski und R. Weckesser individuell motiviert ist und unbeschadet seiner mehrheitlichen, fast einhelligen Ablehnung in der Parteiöffentlichkeit, stellt er doch ein erneutes »Vorfühlen« des rechten Parteiflügels hinsichtlich der Stabilität des innerparteilichen Grundkonsenses dar. Es ist nicht auszuschließen, daß unabhängig von der vorgesehenen Tagesordnung Fragen wie die antikapitalistische und antifaschistische Grundhaltung oder die Koalitionsbereitschaft der PDS eine große Rolle auf dem 5. Parteitag spielen werden.

In der Partei bisher weniger zur Kenntnis genommen zeichnet sich schließlich ab, daß versucht wird, auf dem Weg über Statutenänderungen den Einfluß oppositioneller Gruppierungen in der PDS zu beschneiden. Der vom 4. Parteitag gewählten Statutenkommission liegen diesbezüglich in drei Richtungen Vorschläge vor:

eine Verankerung der auf der ersten Tagung des 4. Parteitags gefaßten heftig umstrittenen Unvereinbarkeitsbeschlüsse, insbesondere hinsichtlich nicht näher definierter »stalinistischer Auffassungen« im Statut; nicht zuletzt auch westdeutsche Delegierte haben darin Parallelen zu den antikommunistischen Unvereinbarkeitsbeschlüssen in der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung der BRD in der Zeit des Kalten Krieges gesehen;

die Einschränkung der bisher im Statut der PDS verbrieften Rechte politisch-ideologisch orientierter Zusammenschlüsse (Arbeits- und Interessengemeinschaften, Plattformen, Fraktionen usw.), zu denen u.a. die Vertretung im Parteirat, unmittelbare Delegierungsrechte auf Parteitage sowie finanzielle Zuweisungen gehören;

Abstimmungs- und Zustimmungspflichten mit übergeordneten Parteiorganen z.B. hinsichtlich Listenverbindungen und Wahlbündnissen.

Es bleibt abzuwarten, welche Vorschläge die Statutenkommission machen und zu welchen Resultaten die Diskussion führen wird. Das Experiment »PDS« ist noch nicht abgeschlossen. Mit welchem Ergebnis es endet, wird nicht zuletzt von der Position abhängen, welche die PDS zu ihren Linken und welche die Linken in der PDS einnehmen werden.

»Es wäre zu begrüßen, wenn dieses positive Ergebnis des Parteitages auch auf diejenigen ernüchternd wirkte, die immer noch die undialektische These vom absoluten Primat außerparlamentarischer Aktionen kolportieren, statt zur Kenntnis zu nehmen, daß deren Erfolg nicht zuletzt davon abhängt, ob es in den parlamentarischen Gremien und in den Exekuti-

- 1 Ronald Löttsch: Der Magdeburger Parteitag der PDS und die KPF, in: UTOPIE kreativ Nr. 66 (April 1996). Gemeinsame Ausgabe mit spw und Andere Zeiten. Dokumentation der Zeitschriftenkonferenz. Konferenz der Zeitschriften CROSSOVER. Für einen radikalreformistischen Neuanfang. 3./4. Februar 1996 Berlin, Kongreßhalle am Alexanderplatz. S. 12f.
- 2 Michail Nelken z.B. bezeichnet konsequent die Kommunistische Plattform als »rechten Rand« der PDS (die, wie er ungeachtet mehrfacher klärender Stellungnahmen der Plattform behauptet, den Stalinismus restaurieren wolle), während er die ebenfalls sehr diffus definierten »Erneuerer« der PDS zur »Linken« zählt (Michail Nelken: Schwierigkeiten einer Emanzipation. Zur Stalinismusdebatte in der PDS, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hrsg.): Die PDS - Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte. Dietz Verlag Berlin 1996, S. 66ff.) Dazu sei einer meiner Freunde, ein sowjetischer Kommunist zitiert, der mir vor mehreren Jahren, als die Gorbatschowsche Perestrojka (und mit ihr diese Begriffsverwirrung) begann, dazu sagte, das sei leicht zu erklären: Für den, der auf der Straße der Geschichte nach rückwärts marschiere, werde eben links zu rechts und rechts zu links.
- 3 Z.B. hinsichtlich der Bewertung der DDR- und SED-Vergangenheit.
- 4 Da wir es mittlerweile in der Bundesrepublik schon wieder herrlich weit gebracht haben,

erkläre ich ausdrücklich, daß, wie jedermann nachlesen kann, das Streben nach Überwindung der Kapitalherrschaft keinesfalls dem Grundgesetz widerspricht. Das Grundgesetz, zumal mit den Änderungen der letzten 2 Jahre ist weder die beste aller möglichen noch die bisher beste deutsche Verfassung, wie manchmal auch in der PDS zu hören ist. Dennoch und gerade deshalb kämpft die Kommunistische Plattform als Teil der PDS und gemeinsam mit anderen deutschen Linken gegen die Untergrabung des demokratischen Gehalts des Grundgesetzes. Wir halten es mit Max Reimann, der 1949 in der 1. Sitzung des Bundestages sinngemäß erklärte, die Kommunisten hätten zwar gegen die Annahme des Grundgesetzes gestimmt; der Zeitpunkt werde jedoch kommen, wo sie zu dessen aktivsten Verteidigern gehören.

- 5 Die Kommunistische Plattform war die einzige, die sich im Februar 1990 der von allen anderen (damals zahlreicheren) Plattformen und Gruppierungen in der PDS erhobenen Forderung nach Selbstauflösung der PDS widersetzte.
- 6 Bei einer Umfrage unter Mitgliedern der PDS Ende 1995 in Halle z.B. erklärten über 70 Prozent der Befragten, zumindest teilweise entspreche die Meinung der Kommunistischen Plattform ihrer persönlichen Meinung; davon bejahten 25 Prozent die entsprechende Frage noch entschiedener. Vgl. PDS Stadt Halle. Fragen zur Vorbereitung der 2. Tagung des 4. Parteitages vom 2.11.95. Anlage zu Prof. Dr. Gisela Diecke: Wie denkt »die Basis« in Halle über die Politik der PDS?, Halle 1995.
- 7 Wie R. Lötzsich zu der Behauptung kommt »Im Zusammenhang mit der Programmdiskussion des Jahres 1992 kam es zu einer regelrechten Obstruktion einiger Wortführer der KPF...« (a.a.O. S. 12) weiß er vermutlich nur allein. Wahr ist, daß Sahra Wagenknecht und ich gemeinsam mit solchen Vertretern der Parteilinken wie Uwe-Jens Heuer wesentlich und wirksam an der Ausarbeitung des Programmtextes mitbeteiligt waren. Daß letztlich - was in Polemiken mit der KPF immer wieder eine Rolle spielt - auf dem 3. Parteitag ein Teil der Delegierten der Kommunistischen Plattform (nicht alle) gegen das Programm stimmte, hatte individuell unterschiedliche Gründe und ist im übrigen allenfalls von biographischem Belang.
- 8 Michail Nelken: Schwierigkeiten einer Emanzipation. Zur Stalinismusdebatte in der PDS, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hrsg.): Die PDS - Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte. Dietz Verlag Berlin 1996, S. 83f.
- 9 Der Spiegel 15/1996, S. 37. Eine andere Variante formulierte Stolpe als : »...allmähliche Annäherung mit dem Ziel einer späteren Aufnahme von demokratischen Teilen der PDS in die SPD«. Eine drittes Modell - eine antikommunistische Rest-PDS als formell selbständiges Ost Standbein der SPD - wurde u.a. von Frank Unger beschrieben (Frank Unger: Adieu PDS? In: Heinz Beinert [Hrsg.] Die PDS - Phönix oder Asche? Aufbau Verlag Berlin 1995, S. 85). Das »strategische Vorbild der CSU« steuern innerhalb der PDS Östrowski und Weckesser in ihrem »Brief aus Sachsen« an. (»Für einen eigenen Weg statt 'links von der SPD'« . In: Neues Deutschland vom 8.Mai 1995, S. 5)
- 10 R. Lötzsich irrt, wenn er behauptet, die Thesen »Deutschland 5 Jahre vor der Jahrtausendwende« seien von der 2. Tagung des 4. Parteitages abgelehnt worden.

ven auch die entsprechenden Mehrheiten gibt, die bereit sind, dem Volkswillen Rechnung zu tragen. Wünschenswert wäre, daß sich diese Einsichten nicht nur bei Parteitagsmehrheiten, sondern in der gesamten PDS durchsetzen. Auch bei denen, die bislang mit ihrer in »Bundeskonferenzen« und ähnlichen in speziellen Satzungen verankerten Gremien planmäßig vorbereiteten Obstruktion die Arbeit der Partei unnötig erschweren.« Ebenda, S. 13.